



Sozialdemokratische Partei
Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.zukunftstatabbau.ch

Liestal, 19.03.2022

ZWEI SP KANDIDATUREN FÜR DEN REGIERUNGSRAT

Die SP wird im Juni zwei Kandidierende für die Regierungswahlen 2023 nominieren. Das haben die Delegierten der SP Baselland an der heutigen Geschäftsdelegiertenversammlung beschlossen. Zudem wurden die Parolen für die Abstimmungen vom 15. Mai 2022 gefasst. Mit grosser Mehrheit lehnen die über 100 Delegierten die Teilrevision des Sozialhilfegesetzes ab.

Mit grossem Mehr beschlossen die Delegierten heute, dass die SP zwei Kandidierende für die Regierungswahlen 2023 soll. Dazu Parteipräsidentin Miriam Locher: *«Kathrin Schweizer leistet als soziale Stimme in der Regierung wichtige Arbeit für ein fortschrittliches Baselbiet. Für ein lebenswerteres Baselbiet für alle braucht es jedoch sowohl im Landrat als auch in der Regierung mehr SP»*. Als stärkste Partei im Kanton wird die SP daher mit zwei Kandidaturen bei den Gesamterneuerungswahlen des Regierungsrats antreten.

Abstimmungsparolen

NEIN zur Teilrevision des Sozialhilfegesetzes

Mit dieser Teilrevision soll die Sozialhilfe im Kanton Baselland nach nur zwei Bezugsjahren um 4% pauschal gekürzt werden. Diese Kürzung hätte gravierende Folgen für die Betroffenen. Der sowieso zu tief bemessene Grundbedarf reicht schon jetzt kaum zum Leben. Ausserdem sollen Armutsbetroffene mittels «Motivationsanreizen» und Sanktionierungen diszipliniert werden. Diese Vorlage bettet sich in die Kampagne der SVP ein, mit der sie seit den 2000er Jahren versucht die Sozialhilfe zu schwächen, Sozialhilfebeziehende zu stigmatisieren und den Sozialstaat generell abzubauen. Die Delegierten der SP Baselland folgten dem Antrag von Adil Koller und beschlossen bei 92 Nein, 5 Ja und 3 Enthaltungen die Nein-Parole

JA Teilrevision der Verfassung betr. Bestimmungen über die Ombudsperson

Seit 2020 wird das Amt der Ombudsperson im Kanton Baselland von zwei Personen im Jobsharing wahrgenommen. Diese Vorlage soll es künftig ermöglichen, dass Ombudspersonen einem Nebenerwerb nachgehen können. Das macht auch den Kanton zu einem attraktiveren Arbeitgeber, was Tania Cucè in ihrer Präsentation erläuterte. Die Delegierten folgten ihrem Antrag auf eine Ja-Parole einstimmig.

JA zur Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur

Internationale Streamingplattformen verdienen in der Schweiz sehr viel Geld. Diese Einnahmen fliessen heute ins Ausland. Das neue Filmgesetz fordert, dass zumindest ein kleiner Anteil von 4% in der Schweiz investiert werden. Diese Stärkung des Schweizer Films kommt den Zuschauer:innen zu Gute. Die Delegierten folgten dem Antrag von Sandra Strüby Schaub und beschlossen die Ja-Parole einstimmig.

JA zum Transplantationsgesetz

Jeden Monat sterben in der Schweiz im Schnitt sechs Personen, weil sie kein Spenderorgan bekommen haben. Dies, obwohl über 80 Prozent der Bevölkerung bereit wäre, ihre Organe zu spenden. Mit einem Ja zum Transplantationsgesetz am 15. Mai kann das geändert werden. Die Delegierten beschlossen mit grossem Mehr die Ja-Parole und folgten damit dem Antrag von Pascale Mescherberger.

NEIN zur Zusatzfinanzierung von Frontex

Die Europäische Grenzagentur Frontex steht seit Jahren wegen illegalen Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen in der Kritik. Doch anstatt die Menschen besser zu schützen oder zu sicheren Fluchtwegen beizutragen, soll Frontex nun aufgestockt und Europa noch mehr abgeschottet werden. An dieser Aufstockung soll sich die Schweiz mit 61 Millionen Franken beteiligen – wesentlich mehr als bis anhin. Ronja Jansen beantragte die Nein-Parole, welche die Delegierten mit grossem Mehr beschlossen.

Weitere Auskünfte:

- Miriam Locher, Präsidentin der SP Baselland 076 445 07 22

Parolenübersicht 15. Mai 2022

Kantonale Vorlagen	
Teilrevision des Sozialhilfegesetzes	NEIN
Teilrevision der Verfassung betr. Bestimmungen über die Ombudsperson	JA
Nationale Vorlagen	
Änderung des Bundesgesetzes über Filmproduktion und Filmkultur	JA
Transplantationsgesetz	JA
Zusatzfinanzierung von Frontex	NEIN